

Editorial

Suspekte Religion. – Wer nichts über Religion weiss und zumal die eigene nicht (mehr) kennt, der hält Religion für etwas Suspektes, das eigentlich nicht in die Öffentlichkeit gehört. Diese Ansicht äusserte Agnell Rickenmann, bis letztes Jahr Generalsekretär der Schweizer Bischofskonferenz, am 4. Mai an einem Podiumsgespräch in Freiburg. Gegenstand der Podiumsrunde: "Ist Religion Privatsache?"

Ihm falle auf, wie wenig in der Schweiz christliche Religiosität im öffentlichen Leben spürbar sei, meinte der Muslim Farhad Afshar, Präsident der Koordination Islamische Organisationen Schweiz: "Wo bleibt eine christliche Umweltethik, eine christliche Wirtschaftsethik?"

Gibt es einen Zusammenhang zwischen ungelebter eigener Religion und der Angst vieler Schweizer vor einem Islam, der immer stärker an die Öffentlichkeit drängt? Rickenmann ist überzeugt: Das "Verdunsten" grundlegenden Wissens über christliche Inhalte und die daraus folgende fehlende Identifikation mit einer christlichen Konfession birgt ein "Angstpotential" gegenüber jedweder Religion in sich. – Die laufende Minarett-Kontroverse zeigt es, im eidgenössischen Wahljahr vorexerziert von der Schweizerischen Volkspartei: Mit Angstmache lässt sich durchaus auf Stimmenfang gehen. Ob diese Rechnung im Herbst wirklich aufgeht, ist allerdings eine andere Frage. **Josef Bossart**

Das Zitat

Zivilreligion. – "Es gibt Medienforscher, die das Fernsehen als Zivilreligion bezeichnen, die Aufgaben der Kirche übernommen hat: so die Strukturierung des Tages- oder Wochenablaufs. Früher waren es die Gebetsstunden, heute sind es die Sendezeiten, nach denen man sich richtet."

Daniel Süss, Professor für Medienpsychologie an der Hochschule für Angewandte Psychologie Zürich, in einem Interview im "Kirchenboten für den Kanton Zürich". (kippa)

Nächtliche Hilfe in der "Schattenwelt"

Cornelia Zürrer Ritter: Als Heilsarmee-Frau unter Sexarbeiterinnen in Zürich

Von Katharina Rilling

Zürich. – Cornelia Zürrer Ritter (40) vom Heilsarmee-Team "Rahab" in Zürich geht seit neun Jahren mit Sexarbeiterinnen auf die Strasse. Kippa-Woche hat sie getroffen und zu ihren Erfahrungen befragt. – Die Heilsarmee feiert dieses Jahr ihr 125-jähriges Bestehen in der Schweiz.

Wenn Cornelia Zürrer Ritter um 5 Uhr morgens die Haustüre hinter sich schliesst, ist sie einfach nur todmüde. Im Schlaf kann sie abschalten und das Gesehene verarbeiten.

Wenn die zweifache Mutter dann mittags die Augen aufmacht, ist die "Schattenwelt", wie sie das Milieu rund um die Langstrasse und das Niederdorf in Zürich nennt, der letzten Nacht weit weg. Ihre beiden Kinder – neun- und sechsjährig – wissen, dass ihre Mutter anderen Frauen hilft. Mehr sollen sie erst erfahren, wenn sie älter sind.

Die zierliche Frau ist Sozialpädagogin von Beruf und bei der Heilsarmee in Zürich angestellt. Zürrer Ritter wurde in die Heilsarmee "hineingeboren", da auch ihre Eltern schon Mitglieder waren. Ihr gefällt an der Freikirche, dass auf "alles geschaut wird, auf die Seele und auf die körperlichen Grundbedürfnisse". Ausserdem seien Frauen von Anfang an gleichberechtigt gewesen und könnten somit auch predigen und die Gesamtleitung der Heilsarmee übernehmen. Dies sei schon zweimal vorgekommen.

Biblische Rahab

Jeden Dienstag von 22 bis 5 Uhr morgens besucht die Salutistin mit einer Kollegin aus dem Projekt "Rahab" und einem Sack voll gespendeter Sandwiches Prostituierte und Tänzerinnen und begleitet sie durch ihre Arbeitsnacht. Pro Nacht reden sie mit rund 30 Frauen. Rahab wird in der Bibel als Prostituierte beschrieben, die furchtlos Menschenle-

ben rettete. Durch ihren Verdienst wird sie in der Schrift als positives Beispiel aufgeführt.

Passend, fand das Projektteam bei der Namensgebung vor neun Jahren. Denn die Sexarbeiterinnen, die oft nur als Objekt gesehen werden, sollen durch "Rahab" ihre Würde und ihren Wert als Menschen zurückbekommen.

Im Team sind ausserdem noch eine Heilsarmeeoffizierin und Krankenschwester sowie eine Sozialarbeiterin beschäftigt. Zeitweise werden die Frauen von einer Freiwilligen aus Latein-



Salutistin Cornelia Zürrer Ritter bei der Arbeit im Sexmilieu in Zürich.

amerika unterstützt, die durch ihre Sprach- und Kulturkenntnisse schnell Brücken zu den Sexarbeiterinnen schlagen kann.

"Das ist die Polizei!"

Wenn die Frauen in ihrer blauen Heilsarmee-Uniform mit Hut in die Langstrasse einbiegen, kann es aber schon mal zu Missverständnissen kommen: "Die Neuen denken: Das ist die Polizei! Dann flüchten sie, bis sie die anderen aufklären." Zürrer Ritter streicht sich eine Strähne ihrer kurz geschnittenen, leuchtroten Haare aus dem Gesicht.

Sie weiss: Vor allem Ausländerinnen verkaufen ihren Körper an der Lang-

strasse und im Niederdorf – und für die isolierten Frauen ist das Wissen über die Schweiz meist auf das Milieu-Gebiet beschränkt. "Die meisten wohnen im Milieu oder führen ein geheimes Doppelleben. Sie haben keine Ansprechpartner."

Ganz normale Gespräche

Da möchten die Frauen des Projekts Rahab helfen, ganz normale Gespräche zu führen, wie zwischen Nachbarn oder sogar Freundinnen. Es reiche oftmals ein "Wie geht es dir heute?" oder "Wie war dein Tag?", um den Sexarbeiterinnen ein besseres Gefühl zu vermitteln.

Dann merkt Zürrer Ritter oft, dass die Frauen sehr unglücklich sind. "Den Beruf einer Sexarbeiterin hat sich wohl niemand als Traumberuf ausgesucht."

Plötzlich bricht ein "95 Prozent der Frauen sind Mütter, so wie ich" aus ihr heraus. "Wenn ich mir vorstelle, dass ich auf den Strich gehen müsste, um meine Kinder zu ernähren – nein, das könnte ich nicht!" Sie seufzt.

Viele seien durch falsche Versprechungen von Bekannten und Verwandten in die Schweiz gelockt worden. Wenn sie dann einmal hier angekommen sind, müssten sie feststellen: "Das Restaurant oder den Haushalt, in dem ich arbeiten sollte, das gibt's nicht."

Da haben die grossen Familien aber meist schon das letzte Geld zusammengekratzt, um die jungen Frauen in eine bessere Welt, in die Schweiz zu schicken, erklärt die Salutistin. Von dort aus sollen sie finanziell für die Angehörigen sorgen. Schulden, moralischer Druck der Familie im Heimatland und mangelnde Sprachkenntnisse: Einmal in der vermeintlich besseren Welt angekommen und in das rote Licht des Milieus eingetaucht, sei ihr Schicksal schwer wieder zu verbessern.

Deutschkurs und Kondome

Da ist Zürrer Ritter zusammen mit ihren Kolleginnen von der Heilsarmee schon mit kleinen Fortschritten zufrieden. "Man muss sich damit abfinden, dass man nicht gleich alles ändern kann. Heimweh nach ihren Kindern, keine Perspektive im Heimatland: Wir können ihre schwere Situation nicht auflösen."

Aber die Frauen machen klar: "Es gibt Anlaufstellen. Du bist Opfer, und du kannst Hilfe holen." Ausserdem versuchen sie die Prostituierten zu Deutschkursen zu motivieren und bestärken sie darin, sich bei der Arbeit mit Kondomen zu schützen. Das Hauptanliegen ist jedoch: einfach da zu sein, mit den Frauen zu lachen, zu weinen, zu essen und ih-

nen zuzuhören – ihnen eben zu zeigen, dass sie mehr als nur Lustobjekte sind.

Uniformschutz

Es gibt Abende, da sitzt die Salutistin auch selbst mit den Frauen in den Schaufenstern der Etablissements. Sie muss kichern: "Da dachten Männer doch tatsächlich, das sei eine neue Masche!" Eine Prostituierte in Heilsarmeeuniform – für manche sei dies anscheinend ein aufregender Gedanke.

Normalerweise schütze sie die Uniform jedoch, da sie Respekt und Distanz schaffe. Einige Freier erschrecken sogar regelrecht und fühlen sich ertappt, wenn sie die blaue Uniform der Heilsarmeefrauen sehen. "Einmal sassen wir in einem Salon. Da bemerkte uns ein Freier und machte sofort wieder kehrt." Draussen habe er dann gesagt, ihm sei durch ihre Anwesenheit klar geworden, dass das eine dumme Idee gewesen sei – er gehe nun zu seiner Frau nach Hause.

Dabei will das Team Rehab nicht moralisieren. Der Sozialpädagogin ist wichtig, keine Freier anzusprechen. "Das muss jeder selbst mit sich vereinbaren – ausserdem wollen wir den Frauen das Geschäft nicht kaputt machen".

Überangebot an Frauen

Und das Geschäft besteht aus knallhartem Konkurrenzkampf. Da es ein Überangebot an Frauen gebe, werden die Preise von den Freiern immer weiter nach unten gedrückt, sie sehe immer jüngere Frauen auf der Strasse, und immer öfter werde, um Kunden zu halten, auf ein Kondom verzichtet, so Zürrer Ritter. Einige Freier versuchen das Letzte rauszuholen, bezahlen zum Teil gar nicht oder werden gewalttätig. "Wenn alles fair zuginge, wäre das Geschäft ja in Ordnung", ärgert sich die Frau.

Die Doppelmoral in dem Geschäft mache sie ganz besonders wütend: "Viele Männer verachten die Sexarbeiterinnen und behandeln sie dementsprechend demütigend. Sie gehen aber trotzdem hin."

Wer wohl von ihnen?

Manchmal ertappt sich die Salutistin dabei, wie sie während der Gottesdienste in den Bankreihen umherschaut und überlegt, wer von den brav aussehenden Kirchenbesuchern wohl zu Prostituierten geht. Bei ihrem Job müsse sie schon aufpassen, dass sie keinen Hass auf Männer aufbaue, und ihr Mann werde manchmal richtig energisch: "Stopp mal! Ich bin kein Freier! Du überträgst das auf mich!" Man müsse sich eben immer wieder sagen: "Es sind nicht alle Männer so." (kipa)

Hans Rahm. – Der jetzige Geschäftsführer des Schweizerischen Katholischen Pressevereins und der Presseagentur Kipa wird neuer Generalsekretär der Katholischen Kirchlichen Körperschaft (KKK) des Kantons Freiburg. Der 49-jährige Theologe, Mathematiker und Journalist tritt voraussichtlich im Sommer die Nachfolge der Juristin **Patricia Burgin** an. (kipa)

Asha De. – Die 42-jährige reformierte Theologin und Physikerin ist erste Leiterin der neu geschaffenen ökumenischen "Fachstelle Religion, Wirtschaft, Technik" am Standort Brugg-Windisch



AG der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die reformierte Landeskirche Aargau und die römisch-katholische Landeskirche Aargau haben die für die Schweiz bisher einmalige ökumenische Stelle eingerichtet; sie wollen auch im Fachhochschulbereich mit ethisch ausgerichteten, interdisziplinären Bildungsangeboten und Forschungsprojekten präsent sein. (kipa)

Giusep Nay. – Die am 3. Mai von Vertretern der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) lancierte Volksinitiative zum Verbot des Baus von Minaretten in der Schweiz tangiert nach Überzeugung des ehemaligen Präsidenten des Bundesgerichts die Religionsfreiheit. Die Initiative verletze die Europäische Menschenrechtskonvention und damit Völkerrecht, sagte Nay in einem Interview; das Parlament sei gut beraten, die Initiative bei der Behandlung für ungültig zu erklären. (kipa)

Ruth Grünenfelder. – Die Menzinger Schwester ist zur Präsidentin der Vereinigung der Ordensoberinnen der nichtklausurierter Gemeinschaften der deutschen Schweiz und Liechtensteins (Vonos) für drei Jahre gewählt worden; die Vereinigung vertritt rund 2.200 Ordensfrauen. Ruth Grünenfelder tritt die Nachfolge der Ingenbohrer Schwester **Edelina Uhr** an. (kipa)

Dominique Dreyer. – Der Freiburger Anwalt ist neuer Präsident der Vereinigung der Freunde des Zisterzienserinnenklosters Magerau (Maigrage) in Freiburg (Schweiz). (kipa)

Muslim-Integration ist keine Einbahn

Wolfgang Schäuble sprach in Luzern über "Staat und Islam in Europa"

Von Benno Bühlmann

Luzern. – "Staat und Islam in Europa": Unter diesem Titel hielt der deutsche Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble am 4. Mai in Luzern ein engagiertes Plädoyer für einen offenen Dialog mit dem Islam. "Die Integration von Muslimen in Europa ist keine Einbahnstrasse, sondern ein zweiseitiger Prozess", betonte er und sprach sich für eine aktivere Integrationspolitik in Europa aus.

In seinen Ausführungen rief Schäuble in Erinnerung, dass der Weg der Trennung von Staat und Religion in Europa ein blutiger Prozess gewesen war: "Es bedurfte noch einer langen, oftmals von Gewalt geprägten Geschichte, bis in Europa freie Bürger verschiedenen Glaubens friedlich mit- und nebeneinander leben konnten."

Heute sei allerdings das neu geregelte Verhältnis von Staat und Religion "als Absage an fundamentalistische Ansätze im christlich geprägten Europa" weitgehend unbestritten. Das sei letztlich das Ergebnis eines langen Ringens im christlich geprägten Europa, von der Reformation beeinflusst, Erbe der Aufklärung und heute auch in der römischen Kirche nicht mehr bestritten, wie der deutsche Innenminister erklärte: "Staat und Religion sind immer aufeinander angewiesen, doch politisch-rechtlich klar getrennt, und das ist die Voraussetzung für die Universalität der Menschenrechte."

Sein Fazit: "Wenn es Jahrhunderte gedauert hat, das Verhältnis von Staat und christlicher Religion in Europa friedlich zu regeln, dann wäre es vermessen zu erwarten, dass sich aktuelle Probleme zwischen Staat und Islam im 21. Jahrhundert über Nacht und ohne Kontroverse lösen liessen."

Europäisierung des Islam

Die religiös neutralen, freiheitlichen Staates Europas seien heute besonders herausgefordert, sich des Dialogs mit den Muslimen anzunehmen, betonte Schäuble: "Islamistische Bestrebungen forcieren die 'Islamisierung' Europas im Sinne eines – von der überwiegenden Mehrheit der bei uns lebenden Muslime nicht geteilten – totalitären Islam-Verständnisses."

Angesichts dieses Spannungsverhältnisses – prägnant ausgedrückt in der Kurzformel "Islamisierung Europas versus Europäisierung des Islam" – gewin-

ne das Verhältnis von Staat und Islam in Europa weit über religiöse oder rechtliche Fragen hinaus an Bedeutung, meinte Schäuble und verwies dabei auf die aktuellen demografischen Entwicklungen in Deutschland und der Schweiz. In Deutschland leben heute über drei Millionen Muslime, in der Schweiz ist deren Zahl dem Bundesamt für Statistik zufolge zwischen 1980 und 2000 von 56.600 auf 310.800 gestiegen.

Daraus ergebe sich – für den Staat ebenso wie für die Zuwanderer –



Wolfgang Schäuble sprach in der Luzerner Hofkirche vor rund 600 Personen.

zwangsläufig die Herausforderung der Integration: "Ohne nachhaltige Integration – wir sehen es an den Anschlägen in Europa geborener muslimischer Mitbürger – drohen Probleme im Zusammenleben zu eskalieren."

Ein zweiseitiger Prozess

Integration sei allerdings keine Einbahn, sondern zweiseitig, betonte der Politiker. Der Islam müsse sich einerseits "europäisieren" – als vollständige Akzeptanz unserer Rechts- und Wertordnung, die auf den Prinzipien einer pluralistischen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft aufbaut: "Das funktioniert nicht ohne den Verzicht auf die Scharia als politische Ordnung."

Andererseits müssten auch die Aufnahmeländer ihren Beitrag zur Integration leisten, indem sie den Zuwanderern das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln: "Es muss uns gelingen, dass auch und gerade Muslime, die als Zuwanderer zu uns gekommen sind oder schon in der zweiten oder dritten Generation hier leben, sich bei uns sicher zu Hause und daheim fühlen. In einem Europa, in dem sie sich nicht zuhause oder gar ausgegrenzt fühlen, werden sich Muslime niemals integrieren wollen", betonte Schäuble. (kipa / Bild: Bühlmann)

135 Missbrauchsklagen. – Seit 1940 sind laut offizieller irischer Statistik 135 Priester und Ordensleute der Erzdiözese Dublin des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger beschuldigt oder verdächtigt worden. Etwa 380 Opfer seien bisher identifiziert und umgerechnet fast 13 Millionen Franken Entschädigungen und Gerichtskosten bezahlt worden. (kipa)

Bankrotte Schulen. – Die katholische Kirche im Sudan muss auf Grund der hohen Kosten Schulen schliessen. "Wir sind de facto bankrott", sagte der Erzbischof von Khartoum, Kardinal Gabriel Zubeir Wako, gegenüber dem internationalen katholischen Hilfswerk Kirche in Not. In 55 katholischen Schulen werden derzeit mit Unterstützung des Hilfswerks im Rahmen eines Ausbildungsprogramms für Flüchtlingskinder aus dem Südsudan 28.000 Kinder und Jugendliche unterrichtet. (kipa)

Unsinn. – Simbabwe Staatspräsident Robert Mugabe (83) hat die katholischen Bischöfe des Landes vor weiterer Kritik gewarnt. Deren Hirtenbrief zu Ostern mit seiner deutlichen Kritik an der Regierung wies Mugabe als Unsinn zurück; die Kirche sei für geistliche Worte, nicht für politische Einmischung zuständig. (kipa)

Millionenaufgabe. – Die bisherige Gesamtauflage des Papstbuchs "Jesus von Nazareth", zum 80. Geburtstag Joseph Ratzingers am 16. April erschienen, erreicht bereits über eine Million Exemplare. In Deutschland wurde es 450.000 Mal an die Buchhandlungen ausgeliefert, in Italien in 510.000 Exemplaren, und in Polen beträgt die Startauflage 100.000. (kipa)

Lebensraumorientiert. – Mit einem Gottesdienst und einem Begegnungsfest feierten die 14 Pfarreien des Dekanats St. Gallen am 6. Mai die Einführung der "Lebensraumorientierten Seelsorge" (Los). Rund 1.500 Personen besuchten den Anlass. (kipa)

Besorgter Weltkirchenrat. – Sehr besorgt über die "grausame Ermordung" von drei Christen am 18. April in der Türkei hat sich der Weltkirchenrat (ÖRK) geäußert. Diese Morde seien die jüngste Tragödie in einer Serie von Tötungen und Bedrohungen religiöser Minderheiten in der Türkei. (kipa)



Minarett-Fäller. – Stilleben mit Bundesrat: Justizminister, SVP-Mitglied und Bildersammler Christoph Blocher vor einem Bild, das Hodlers Holzfäller nachempfunden ist: SVP-Schweizer fällt vor christlicher Kirche ein muslimisches Minarett. Karikatur von Herpmann in der Sonntagszeitung (Zürich). – Am 3. Mai ist in Bern von Vertretern der SVP eine Volksinitiative für ein schweizerisches Minarett-Verbot lanciert worden. (kipa)

Minarette: Im Prinzip ja

Freiburg i. Ü. – Der Präsident der Arbeitsgruppe Islam der Schweizer Bischofskonferenz, der Lausanner Weihbischof Pierre Bürcher, betont: Erlaubt soll in der Schweiz der Bau eines Minaretts sein, wenn er in allen Punkten mit den Gesetzen in Einklang steht.

Verboten hingegen soll ein Minarett-Bau sein, wenn damit "offensichtlich oder unterschwellig Ziele" verfolgt werden, die den Religionsfrieden gefährden können, so Bürcher.

Der "Legalität und Kontrolle der Aktivitäten" einer Moschee sei aber auf jeden Fall mehr Gewicht beizumessen als der Frage, ob ein Minarett-Bau angebracht sei oder nicht. Neben Gebetsräumen könne es in einer Moschee nämlich auch eine Bibliothek, ein Büro für den Vorbeter, eine Cafeteria, Schulungsräume oder Verkaufsläden wie etwa eine Metzgerei geben. (kipa)

3. bis 10. Juni. – Im kanadischen Sherbrooke findet der Weltkongress der Katholischen Weltunion der Presse (UCIP) statt. Wegen der verschärften Einreisebestimmungen können allerdings viele Journalisten aus Osteuropa und der Dritten Welt nicht daran teilnehmen. Anstatt mit 500 wird mit bloss 200 Teilnehmenden gerechnet. (kipa)

7. Juli. – Die Schweiz müsse ihre Entwicklungshilfe von jetzt 0,39 Prozent auf 0,7 Prozent des Bruttoinland-Einkommens erhöhen, fordern Schweizer Hilfswerke in ihrer neuen Kampagne "0,7% – gemeinsam gegen Armut", die am 7. Juli startet. Mit Unterstützung der Kirchenleitungen lancieren sie dann zum selben Anliegen eine Petition. Christen aller Konfession hätten die Verpflichtung, sich für die Bekämpfung von Armut stark zu machen, betonen die Träger der Kampagne. (kipa)

Lateinamerikas Gläubige gehen zu Sekten

Aparecida. – Die katholische Kirche in Lateinamerika erfüllt "die Expansion der Sekten mit ernster Sorge, weil es vor allem Katholiken sind, die in diese religiösen Gruppen abwandern." So heisst es im Vorbereitungsdokument für die Generalversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates (Celam).

Bei ihrer Konferenz im brasilianischen Aparecida vom 13. bis 31. Mai wollen die Bischöfe deshalb über die "religiöse Mobilität" diskutieren.

Tatsächlich ist die Lage der Kirche in manchen Ländern Mittel- und Südamerikas ernst. Brasilianische Medien sehen die Daten des neuesten statistischen Vatikan-Jahrbuchs als überholt an. Die Zahl von 155 Millionen Katholiken bei 180 Millionen Einwohnern entspreche nicht mehr den Tatsachen. Rom gehe von einem Katholikenanteil von 84,5 Prozent aus, eine Volkszählung habe die Quote von 73,8 Prozent ergeben.

Kaum schwarze Priester

Ceris, die religionssoziologische Forschungsstelle der katholischen Kirche, bestätigt den Wandel: Nur noch 67,2 Prozent der Brasilianer geben demnach an, katholisch zu sein. 13,9 Prozent gehörten zu evangelikalen Pfingstkirchen, 4,1 Prozent zu den traditionellen evangelischen Kirchen. In Rio, Sao Paulo, Salvador de Bahia oder Porto Alegre sind teils nur noch weniger als 60 Prozent katholisch. Die Abwanderer gehen

vor allem zu charismatischen oder fundamentalistischen Sekten, aber auch zu afrobrasilianischen Kulturen wie Santeria, Umbanda oder Condomble. Eine der Ursachen: Von den in Brasilien geborenen Priestern sind laut Bischofskonferenz nur 6,3 Prozent Schwarze. Offenbar finden die Menschen in Kirchen mit Repräsentanten ihrer eigenen ethnischen Gruppe eher ein Zuhause.

In anderen Ländern Südamerikas und der Karibik kommen neue Formen indianischer Religionen, etwa der Mayas, oder Mischformen wie Voodoo hinzu. Die evangelikalen und charismatischen Gruppen sind vor allem in Mittelamerika aktiv und erfassen breite Kreise der Bevölkerung, in Guatemala etwa bereits 25 Prozent. In Chile wird der Anteil auf 15 Prozent geschätzt.

Nahe bei den Leuten

Die Ursachen der "religiösen Migration" sind vielfältig. Oft beantworten charismatische Gruppen und ethnisch geprägte Kulte in schlichter Weise vitale religiöse Grundbedürfnisse. Die neuen Religionen ethnischer Prägung versprechen gerade armen Menschen Lösungen ihrer sozialen und psychischen Probleme. Experten verweisen zudem auf die lange Ausbildungszeit für Priester. Dies bewirke eine soziale Distanz, während in Sekten und in Kulturen einfache Leute mit starker religiöser Motivation schnell zu Führungskräften aufsteigen könnten. (kipa)

Die Zahl

38. – Im Vatikan haben am 6. Mai 38 Rekruten der Schweizergarde ihren Dienst auf den Papst abgelegt. Bei einem feierlichen Zeremoniell schworen sie, Benedikt XVI. und seinen rechtmässigen Nachfolgern "treu, redlich und ehrenhaft zu dienen" – gegebenenfalls unter Einsatz des eigenen Lebens. Unter den neuen Hellebardieren waren diesmal 22 Deutschschweizer, elf Romands, drei Tessiner und zwei Rätomanen. Unter den rund 2.500 Gästen waren auch viele aus der Schweiz angereiste Angehörige. Als offizieller Vertreter der Schweiz nahm Verteidigungsminister Samuel Schmid an der Zeremonie teil. (kipa)

Impressum

Redaktion dieser Ausgabe:

Josef Bossart

Kipa-Woche erscheint jeden Dienstag und wird von der Katholischen Internationalen Presseagentur in Freiburg (Schweiz) herausgegeben.

Kipa-Woche, Postfach 192, Boulevard de Pérolles 36, CH-1705 Freiburg
Telefon: 026 426 48 21, Fax: 026 426 48 00,
kipa@kipa-apic.ch, www.kipa-apic.ch

Abonnement:

Telefon: 026 426 48 31, Fax: 026 426 48 30
administration@kipa-apic.ch

Jahresabonnement: Fr. 125.- (inkl. MWST),
per E-Mail als PDF-Datei Fr. 65.-.

Für Zahlungen: Post-Konto 17-337-2

Ein Nachdruck (ganz oder teilweise) in Publikationen ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe möglich.